



Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen

Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 5 der ECRI: Schlüsselthemen

„ Der fortdauernde Konflikt im Nahen Osten, sehr hohe Flüchtlingsströme und wiederholte Terrorangriffe in Europa haben zu einer Vermengung des Islams mit Terrorismus geführt. Islamfeindlichkeit steigt aus diesem Grund in Europa, und Angehörige muslimischer Gemeinschaften sind an Orten, an denen sie eine Minderheit sind, einem größeren Risiko von Diskriminierung ausgesetzt als jemals zuvor. Die Regierungen haben die Pflicht, die Religionsfreiheit aufrechtzuerhalten und zu garantieren, dass die Angehörigen aller Glaubensrichtungen und keiner in ihren Gesellschaften ohne Angst vor Intoleranz und Diskriminierung leben und sich entwickeln können. Die Richtlinien der ECRI zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen bieten den Regierungen praktische Empfehlungen, die Aufklärung und Toleranz fördern können.

WESENTLICHE ERKENNTNISSE

Die Regierungen müssen Angehörige muslimischer Gemeinschaften vor Intoleranz und Diskriminierung schützen, indem sie:

- ▶ den Grad von Intoleranz und Diskriminierung, die sich unmittelbar gegen Muslime richten, einschätzt;
- ▶ sicherstellen, dass das Recht auf freie Religionsausübung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens umgesetzt wird; und
- ▶ feindselige Stereotypen bekämpfen, die alle Muslime als Extremisten darstellen.

AUSGEWÄHLTE EMPFEHLUNGEN

1. Beurteilung des Umfangs des Problems, unter besonderer Beachtung der Erfahrungen muslimischer Frauen.

Untersuchung, ob Muslime aufgrund ihrer Religion soziale Ausgrenzung erleben und, in Rücksprache mit den lokalen Gemeinschaften, Ausarbeitung einer Politik, diese soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Muslimische Frauen können mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sein, aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Religion sowie aufgrund ihrer ethnischen Abstammung, was sie zu einer besonders schutzbedürftigen Gruppe macht. Die Regierungen sollten aus diesem Grund ihrer Situation besondere Aufmerksamkeit widmen.



2. Es ist sicherzustellen, dass das Recht von Muslimen auf freie Religionsausübung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens umgesetzt wird.

■ Es ist sicherzustellen, dass öffentliche Institutionen Vorkehrungen treffen für die religiöse Praxis und die religiösen Anforderungen von Muslimen im Alltag, so wie auch für die Angehörigen anderer Glaubensrichtungen.

■ Bekämpfung religiöser Diskriminierung im Hinblick auf den Zugang zu Bildung und Beschäftigung, in Schulen und am Arbeitsplatz.

■ Es ist sicherzustellen, dass religiöse Diskriminierung in Schulen nicht gefördert wird, indem verzerrte Auslegungen des Islam unterrichtet werden.

■ Auferlegen geeigneter Sanktionen in Fällen von Diskriminierung aus religiösen Gründen.

■ Abbau willkürlicher Hürden beim Bau von Moscheen und Friedhöfen.

3. Entgegenwirken der Verschmelzung von Islam und gewaltbarem Extremismus.

■ Ermutigen einer Debatte in den Medien und in der Werbeindustrie über ihre Verantwortung, Vorurteile und vorgelegene Informationen über Islam und muslimische Gemeinschaften zu vermeiden.



ECRI – NÜTZLICHE LINKS

Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 5 der ECRI:
Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen
<http://hudoc.ecri.coe.int/eng?i=REC-05-2000-021-DEU>

Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 15 der ECRI:
Bekämpfung von Hassrede
<http://hudoc.ecri.coe.int/eng?i=REC-15-2016-015-DEU>

Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 8 der ECRI:
Bekämpfung von Rassismus beim Kampf gegen den Terrorismus
<http://hudoc.ecri.coe.int/eng?i=REC-08-2004-026-DEU>

FAKTEN UND ERKENNTNISSE

„Im Zusammenhang mit Diskussionen über einen EU-weiten Ansatz zur Migration wurden erhebliche Unterschiede in den Einstellungen der Mitgliedstaaten sichtbar... einige Regierungen gaben sogar offen zu, dass sie, obwohl sie bereit wären, kleine Gruppen von Flüchtlingen aufzunehmen, lediglich Christen, aber keine Muslime zulassen würden. Eine solche offene Diskriminierung aufgrund von Religion trug weiter zur wachsenden Islamophobie auf dem Kontinent bei.“ ECRI Jahresbericht 2015.

„In den Mitgliedstaaten des Europarats, in denen der Islam nicht die Religion der Bevölkerungsmehrheit ist, sind muslimische Frauen häufig Opfer von Stereotypen, da ihre religiösen Überzeugungen als einziger definierender Aspekt ihrer Identität betrachtet wird... Viel zu häufig konzentrieren sich die politische Debatte und die gesetzgebenden Maßnahmen, die muslimische Frauen betreffen, auf die Frage des Kopftuchs und noch stärker auf die Verschleierung, anstatt auf Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit.“
Mehrfachdiskriminierung von muslimischen Frauen in Europa: Für Chancengleichheit, Entschließung 1887 (2012) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

PREMS 058618